

Antrag

der Fraktion der KPD

betr.: Gefallenenlisten ehemaliger deutscher Wehrmachtsangehöriger.

Der Bundestag wolle beschließen:

Um den Familien der 1,5 Millionen ehemaligen deutschen Wehrmachtsangehörigen, deren Tod bisher verschwiegen worden ist, endlich Gewißheit zu verschaffen, wird die Bundesregierung beauftragt, bei der Hohen Kommission die Herausgabe der Gefallenenlisten und sämtlicher übrigen Unterlagen zu fordern, die von den USA-Truppen bei der Einnahme von Saalfeld sichergestellt worden sind.

Das Nachrichtenblatt der amerikanischen Militärregierung hat im Frühjahr 1946 über die Erbeutung dieser Unterlagen durch USA-Truppen berichtet. Nach einer Mitteilung der amerikanisch lizenzierten Zeitung „Der Tagesspiegel“ vom 17. Mai 1946 haben diese Unterlagen den schlüssigen Beweis dafür enthalten, daß das Oberkommando der Wehrmacht (OKW)

1. nicht erst während der letzten Kriegsereignisse, sondern schon seit 1941 die deutschen Verluste verheimlicht und
2. schon seit jener Zeit die Angehörigen der Gefallenen zum großen Teil nicht mehr benachrichtigt hat.

Die Bundesregierung wird ferner beauftragt, bei dem Hohen Kommissar der Regierung Frankreichs Unterlagen anzufordern über die Zahl der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die in die Fremdenlegion überführt worden sind und auf den Schlachtfeldern von Vietnam und Indochina Leben und Gesundheit ließen.

Bonn, den 31. Januar 1950

Renner und Fraktion